



GEMEINSAM GEHTS!

**Wahlprogramm
zur Kommunalwahl 2026
Für den Lahn-Dill-Kreis**

**Am
15.03.
GRÜN
wählen**

GEMEINSAM GEHT'S.

Inhalt **Präambel**

1. Klima, Umwelt und Natur
2. Nachhaltige Entwicklung – Starke Wirtschaft
3. Bildung
4. Gesundheit und Pflege: Für alle Menschen in allen Lebenslagen
5. Gesellschaftliche Vielfalt und Gemeinschaft
6. Mobilität

Präambel

Gemeinsam gestalten wir die Zukunft des Lahn-Dill-Kreises

Kommunalpolitisches Engagement ist das Fundament der Grünen Bewegung. Vor Ort mischen wir uns ein – für mehr Umwelt- und Naturschutz, für sozialen Zusammenhalt, für eine moderne Wirtschaft und für eine gute Infrastruktur. Wir stehen für eine Kommunalpolitik, die zuhört und auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort eingeht. Und das mit Erfolg: Viele Kommunen im Lahn-Dill-Kreis werden bereits von uns GRÜNEN mitgestaltet. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft packen wir an und das ist nötiger denn je! Die großen Herausforderungen unserer Zeit erfordern eine Politik, die die Zukunft nicht nur verwaltet, sondern aktiv gestaltet.

Die Klimakrise, soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Umbrüche sind große Herausforderungen, doch wir GRÜNE sind überzeugt: Wenn wir jetzt entschieden und konsequent handeln, machen wir den Lahn-Dill-Kreis zu einer Region, die ökologisch, wirtschaftlich und sozial sicher ist. Wir setzen auf Mut zum Umdenken: Statt fossiler Abhängigkeit stärken wir erneuerbare Energien. Statt weiterer Versiegelung schützen wir Flächen für Natur und Landwirtschaft. Statt sozialer Spaltung sorgen wir für starken gesellschaftlichen Halt.

Gemeinsam schaffen wir eine Zukunft, in der alle gut leben können!

Gerade jetzt – angesichts steigender Preise, wachsender Ungleichheit und multipler Krisen – brauchen wir handlungsfähige Kommunen. Dafür braucht es eine Stärkung der kommunalen Finanzen, für die wir GRÜNE uns auf Bundes- und Landesebene mit Nachdruck einsetzen. Kommunen müssen in der Lage sein, die Schwächsten in unserer Gesellschaft zu stärken – etwa mit bezahlbaren Mieten, aufsuchender Sozialarbeit und Gesundheitsprävention.

In diesen aufgewühlten Zeiten kommt unseren Kommunen eine besondere Aufgabe zu: Lokale Identität und Verbundenheit schaffen. Unser Ziel sind lebenswerte Kommunen mit guten Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Handel und Handwerk. Dazu gehören auch gut ausgestattete Kitas und Schulen, die allen Kindern gute Startchancen bieten. Wir schaffen Räume, in denen Menschen sichtbar und sicher sind – ungeachtet ihres Geschlechtes oder ihrer Sexualität, ihrer Nationalität oder Religion. Wir sorgen dafür, dass die Perspektiven junger Menschen nicht nur symbolisch eingebunden, sondern strukturell verankert werden.

Die Kommunalwahl ist mehr als nur ein Kreuz auf dem Stimmzettel. Sie entscheidet darüber, wie gerecht, nachhaltig und lebenswert unser Kreis, unsere Städte und unsere Gemeinden in den nächsten Jahren gestaltet werden. Sie bestimmt, ob wir es schaffen, unseren Kreis klimaresilient aufzustellen, wie gut wir zur Schule und zur Arbeit kommen oder ob es Räume zum Verweilen, Austauschen und Mitmachen geben wird.

Am 15. März 2026 sorgen wir gemeinsam dafür, grüne Politik stark zu machen – für unsere Kommunen – für den Lahn-Dill-Kreis!

1.Klima, Umwelt und Natur

Der Klimawandel wartet nicht – im Gegenteil! Aktuelle Forschungsergebnisse der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft und der Deutschen Physikalischen Gesellschaft deuten darauf hin, dass die durchschnittliche Erderwärmung bereits im Jahr 2050 drei Grad Celsius erreichen könnte und damit viel früher als bisher befürchtet. Auch im Lahn-Dill-Kreis spüren wir die Auswirkungen der globalen Erwärmung: Bereits seit Jahren steigen die Temperaturen, werden die Winter feuchter, nehmen die Wetterextreme wie Hitzewellen oder Starkregenereignisse zu. Das wirkt sich auf Menschen und Umwelt aus. Die ökologische Krise ist schon lange kein Problem der Zukunft mehr. Sie ist da und wir müssen handeln – und zwar jetzt!

Deshalb ist es unser Ziel, dass der Lahn-Dill-Kreis klimaneutral wird. Dafür wollen wir alle dem Kreis zur Verfügung stehenden Maßnahmen und Instrumente nutzen, um schnellstmöglich – allerspätestens bis 2045 – dieses Ziel zu erreichen. Hier und jetzt können wir unmittelbar etwas bewirken. Als gutes Vorbild soll die Kreisverwaltung bereits bis 2035 bilanziell klimaneutral werden.

Weltweit erleben wir einen unfassbaren Verlust an biologischer Vielfalt. So zeigt der „Living Planet Report 2024“ der Umweltstiftung WWF, dass im Jahr 2020 weltweit bereits 73% der Arten, die 1970 noch existierten, unwiederbringlich ausgelöscht wurden. Hauptursache hierfür sind die Zerstörung der Natur sowie die Überbeanspruchung von Natur und Landschaft.

Biologische Vielfalt ist aber notwendig für gesunde Böden, sauberes Wasser und reine Luft und damit überlebensnotwendig für uns alle. Wenn wir die Natur schützen, dann schützen wir auch uns Menschen!

Energie und Klimaschutz

Klimaschutz vor Ort - Kommunale Energiewende

Klimaschutz und Klimaanpassung dulden keinen Aufschub mehr! Uns ist bewusst, dass die ökologische Krise nur global gelöst werden kann. Jede Kommune und jeder Landkreis kann und muss jedoch seinen Beitrag dazu leisten. Gerade hier auf lokaler Ebene wird Klimaschutz für alle unmittelbar erfahrbar und realisierbar. Bei unserem Handeln vor Ort denken wir die nachfolgenden Generationen mit, damit wir ihnen eine lebenswerte Region hinterlassen. Der Lahn-Dill-Kreis hat in der Vergangenheit mit Beteiligung der GRÜNEN bereits gezeigt, wie Klimaschutz auf kommunaler Ebene funktionieren kann: Bis Mitte 2025 hat der Klimaschutzmanager des Kreises die Kommunen beraten, sie bei der Umsetzung von lokalen Projekten zur kommunalen Wärmeplanung unterstützt und Synergien geschaffen – eine Erfolgsgeschichte! Doch anstatt diese wichtige Arbeit konsequent weiterzuführen und auszubauen, wurde die Stelle von der CDU/SPD Koalition aufgelöst. Wir fordern, das Klimaschutzmanagement wieder einzurichten, personell auszustatten und die Beratung der Kommunen wieder aufzunehmen. Dabei setzen wir uns besonders für ein Verfahren ein, bei dem der Kreis koordiniert und Ressourcen bündelt. So schaffen wir Strukturen, in denen die Kommunen sich gegenseitig unterstützen und voneinander lernen, statt das Rad immer wieder neu zu erfinden.

Klimaanpassung jetzt!

Die negativen Folgen der Auflösung der Stabsstelle Klimaschutz zeigen sich auch darin, dass das längst überfällige Konzept zur Klimaanpassung im Lahn-Dill-Kreis immer noch fehlt. Dabei werden die Starkregenereignisse häufiger, die Hitzeperioden länger. Damit auf die Starkregenereignisse schneller reagiert werden kann, muss das Starkregenalarmsystem schnellstmöglich umgesetzt werden. Das reicht aber nicht aus. Vorbeugend sind Überschwemmungsgebiete von Bebauung freizuhalten, müssen Böden wo immer möglich entsiegelt und Hitzeaktionspläne erstellt werden. Gerade soziale Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäuser, für die der Lahn-Dill-Kreis Verantwortung trägt, müssen zielgerichtet auf den Klimawandel hin angepasst werden.

Mit gutem Beispiel voran – Klimaneutralität für alle kreiseigenen Gebäude

Die Kreisverwaltung Lahn-Dill hat eine klare Vorbildfunktion in Sachen Klimaneutralität. Wir fordern eine verbindliche Photovoltaik-Pflicht für Neubauten kreiseigener Gebäude. Dabei sollten auch Zäune und Fassaden berücksichtigt werden. Für Bestandsgebäude ist zu prüfen, inwieweit Photovoltaik nachgerüstet werden kann. Des Weiteren fordern wir den Ausschluss von Öl- und Gasheizungen in Neubauten und grundsanierten Gebäuden des Kreises festzuschreiben. Doch Einzelmaßnahmen reichen nicht: Es muss ein umfassendes, nachhaltiges Energiekonzept für alle kreiseigenen Liegenschaften erstellt werden, das aufzeigt, wie der vollständige Umstieg auf erneuerbare Energien gelingen kann. Ein wichtiger Hebel hierbei kann ein sogenannter Strombilanzkreis oder auch Energie Sharing sein, um erneuerbare Energien effizienter zu nutzen und so die Kosten für den Kreis zu senken. Die umliegenden Kommunen sind über deren Stadtwerke oder die EAM in diesen Kreislauf einzubinden. Zudem setzen wir auf Smart-City-Lösungen – digitale Technologien, die durch Echtzeit-Monitoring und intelligente Steuerung von Heizungen, Lüftungen, etc. den Energieverbrauch gezielt reduzieren.

Doch Beschlüsse allein reichen nicht – entscheidend ist eine konsequente Umsetzung. Innerhalb der Verwaltung müssen Mitarbeiter*innen Leitfäden an die Hand gegeben werden, um Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen schneller umsetzen und die Auflagen besser überprüfen zu können.

Energieerzeugung und -nutzung im Einklang mit der Natur

Wir stehen vor der Herausforderung, die Klimakrise zu bekämpfen und gleichzeitig unseren Energiebedarf zu decken. Wir GRÜNE setzen uns für eine zukunftsfähige Energiepolitik ein, die den Schutz der Natur in den Vordergrund stellt und Bürger*innen in Entscheidungsprozesse mit einbezieht. Wir setzen uns für die Stärkung von Agri-Photovoltaik und Windkraft im Lahn-Dill-Kreis ein. Agri-Photovoltaik ermöglicht durch eine effiziente Doppelnutzung den Ausbau von Photovoltaik auf Freiflächen, ohne deren landwirtschaftliche Nutzung einzuschränken. Im Falle der Windkraft ist zu prüfen, welche kreiseigenen Flächen dafür infrage kommen. Auch Batteriepark zur Speicherung überschüssiger Energie und zur Entlastung der Netze müssen mitgedacht werden. Die so erzielten Gewinne verbleiben in den jeweiligen Kommunen.

Weiter setzen wir uns für den Ausbau des kreiseigenen Nahwärmenetzes ein, um eine effiziente und nachhaltige Wärmeversorgung zu gewährleisten und unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern. Wir wollen Energie- und Verbraucher*innenberatungen verbessern, um die Bürger*innen bei der Senkung ihres Energieverbrauches zu unterstützen. Wir betonen ausdrücklich die Bedeutung von Bürger*innenbeteiligung bei der Planung und Umsetzung energiepolitischer Vorhaben. Durch eine transparente Kommunikation und ausführliche Beratung können wir sicherstellen, dass die Anliegen der Bevölkerung gehört werden, die Akzeptanz dafür steigt und die Projekte den Bedürfnissen der Gemeinden entsprechen. Zudem wollen wir die Naturschutzverbände enger mit einbeziehen, um sicherzustellen, dass unsere Energiepolitik mit dem Schutz der Natur einhergeht.

Landschaften pflegen – Arten schützen

Der Schutz der biologischen Vielfalt und der verschiedenen Lebensräume ist neben der Klimakrise die größte ökologische Herausforderung unserer Zeit. Eine intakte Umwelt ist unsere Lebensgrundlage und Voraussetzung für ein gesundes Leben. Biodiversität ist die Basis für saubere Luft und klares Wasser. Wir Menschen brauchen die biologische Vielfalt, wir tragen deshalb die Verantwortung für sie. Artenschutz umfasst alle Arten von Tieren und Pflanzen sowie deren Lebensräume. Flüsse und Bäche im Lahn-Dill-Kreis sollen durch das Landesprogramm „100 Wilde Bäche für Hessen“, das EU-Projekt „Living-Lahn“ und aus Mitteln der Ersatzgelder renaturiert werden. Der Kreis muss die Kommunen hierbei unterstützen. Der heimische Wald als Erholungs- und Naturraum muss in Zeiten des Klimawandels besonders geschützt werden. Alte Habitatbäume und Waldbereiche ohne Holznutzung sind notwendig für bedrohte Vogelarten und die Wildkatze, die sich gerade wieder im Landkreis ansiedelt.

Für viele Ökosystemleistungen, aber auch die Landwirtschaft und damit unsere Ernährung, sind Insekten unverzichtbar. Durch die Bestäubung fast aller Wild- und Kulturpflanzen tragen sie maßgeblich zu deren Vermehrung bei. Insektenvielfalt ist deshalb ein Teil unserer Lebensgrundlage und ihr Schutz unverzichtbar. Es müssen vermehrt Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden. Weiter müssen Wälder mit alten Baumbeständen zu Kernflächen ausgewiesen werden, in denen kein Holz geschlagen werden darf. Die Naturschutzverbände sind einzubinden.

Die Landschaftspflegevereinigung (LPV), deren Gründung im Jahr 2015 von uns GRÜNEN federführend angestoßen und umgesetzt wurde, ist ein wichtiger Akteur im Kreis, um nachhaltigen Naturschutz zu praktizieren. In ihr arbeiten Landwirtschaft, Naturschutz und Kommunen zusammen an Projekten zum Erhalt und zur Sanierung bedrohter Biotop und dem Artenhalt. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Kommunen die Zusammenarbeit mit der LPV weiter ausbauen und Naturschutzprojekte vorantreiben.

An kreiseigenen Gebäuden soll der Artenschutz z. B. durch das Anbringen geeigneter Nisthilfen und die Berücksichtigung des Naturschutzes bei Baumaßnahmen weiter gefördert werden. Auch hierfür steht der LPV als Partner zur Verfügung. Wir fordern des Weiteren die Erstellung eines artenschutzfachlichen Lichtkonzeptes, um Lichtverschmutzung an kreiseigenen Gebäuden zu vermeiden. Die kreisangehörigen Kommunen sollen bei der Umsetzung solcher Beleuchtungskonzepte unterstützt und beraten werden.

Landwirtschaft unterstützen – Ökologische Landwirtschaft stärken

Regionale Ernährung ist nachhaltig, deshalb wollen wir GRÜNE die Landwirtschaft im Kreis unterstützen. Landwirtschaftliche Flächen sollen erhalten werden. Das heißt bei Bebauung den Grundsatz ‚Innen vor Außen‘ zu beachten. Regionale Raumordnungspläne müssen hierauf angepasst werden. Ökologische Landwirtschaft legt besonderen Wert darauf im Einklang mit Menschen, Tieren und natürlichen Ressourcen zu wirtschaften. Der Lahn-Dill-Kreis liegt mit einem Anteil von 36% Ökolandbau an der Spitze Deutschlands. Dabei werden hochwertige Lebensmittel umweltverträglich erzeugt und die natürlichen Produktionsgrundlagen wie Böden, Artenvielfalt und Gewässer bleiben langfristig erhalten. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass es sich für ökologisch produzierende Landwirt*innen lohnt, im Haupterwerb zu bleiben. Deshalb stärken wir regionale Wertschöpfung und setzen uns dafür ein, dass die Vermarktung regionaler und ökologischer Produkte aus dem Lahn-Dill-Kreis gefördert wird. Das ist auch Aufgabe der Ökomodellregion Lahn-Dill-Gießen. Wir fordern, dass die Modellregion weitergeführt und gefördert wird. Das Projekt Nah.Land.Küche, das darauf abzielt, mehr regionale Bio-Produkte für das Schulessen zu erzeugen, muss ausgeweitet werden und möglichst auch in Kindertagesstätten und Krankenhäusern etabliert werden. Aber auch klassisch wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe wollen wir dabei unterstützen, ressourcenschonender und umweltfreundlicher anzubauen und zu ernten. Weiter unterstützen wir unsere Landwirt*innen bei der Umsetzung von Vertragsnaturschutz – dazu gehören beispielsweise Lerchenfenster und Blühstreifen – sowie bei der naturschutzgerechten Bekämpfung von Giftpflanzen wie Lupine und Jakobskreuzkraut an den Wegrändern kommunaler Wege und an kommunalen Flächen.

Gewässerschutz

Lahn und Dill - namensgebend für unseren Landkreis – sind die prägenden Gewässer in der Region. Ihre Lebensräume mit einzigartigen Auen sind besonders schützenswert. Sie werden von zahlreichen kleinen Bächen gespeist, die wesentliche Funktionen in der intakten Natur übernehmen. Im Umfeld der natürlich gebliebenen oder renaturierten kleineren und größeren Gewässer ist die Artenvielfalt besonders hoch. Hier entstehen durch die Bäche wichtige Verbindungen zwischen verschiedenen Lebensräumen. Wir GRÜNE wollen zum Schutz dieser Gewässer beitragen und uns für ihre Renaturierung einsetzen, beispielsweise durch die Teilnahme am Landesprogramm „100 wilde Bäche für Hessen“. Wir fordern des Weiteren die Wiederaufnahme des Projektes zur Einrichtung eines Hochwasserzweckverbandes im Lahn-Dill-Kreis, denn auch wenn die Auenlandschaften der Flüsse und Bäche einen natürlichen Hochwasserschutz bilden, reicht das nicht mehr aus, um die Auswirkungen des Klimawandels in Form von Starkregenereignissen abzupuffern.

Ökologie im Siedlungsgebiet

Versiegelungen des Bodens wirken sich negativ auf das Klima aus. Der beste Schutz vor Wasser- und Winderosion ist ein Boden, der das ganze Jahr über mit Pflanzen oder Pflanzenrückständen bedeckt ist. Wo Boden versiegelt wird, kann er seinen Aufgaben wie z. B. dem Filtern und Speichern von Wasser nicht mehr nachkommen. Alle Flächen, auf denen Bewuchs nicht möglich ist, sind für die Natur verloren, denn für die meisten Tiere und Pflanzen bieten sie keine Nahrung und keinen Lebensraum. Der Erhalt des Bodens ist deshalb für Klimaanpassung und Siedlungsentwicklung von zentraler Bedeutung. Wir GRÜNE setzen uns für die Entsiegelung von Flächen ein und fordern die Reduktion des Flächenverbrauchs auf ein Minimum. Die bisher festgelegten Ausgleichsmaßnahmen müssen überprüft, optimiert und weiter ausgebaut werden.

Abfallvermeidung

Die Abfallwirtschaft Lahn-Dill (AWLD) ist Eigenbetrieb des Lahn-Dill-Kreises und Ansprechpartner für alle Fragen rund um das Thema Abfallentsorgung. Bereits seit 1997 organisiert sie erfolgreich die Abfallwirtschaft im Lahn-Dill-Kreis (Ausnahme: Stadt Wetzlar). Wir GRÜNE wollen den Eigenbetrieb stärken und dafür sorgen, dass der Abfall zukünftig regional behandelt wird, statt ihn in weit entfernte Behandlungsanlagen (Beispiel Hausmüll: derzeit ca. 170 km) zu transportieren. Es soll geprüft werden, ob durch eine Beteiligung der AWLD an regionalen Anlagen oder dem Bau eigener Behandlungsanlagen für Hausmüll und Sperrmüll eine sowohl wirtschaftlichere als auch ökologischere Entsorgung möglich ist. Bioabfälle sollen in einer Vergärungsanlage zur Produktion von Biogas verwendet werden. Hierbei soll auch die Zusammenarbeit mit den benachbarten Kreisen geprüft werden.

Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, die Abfuhr wieder vollumfänglich von der AWLD durchführen zu lassen, statt einzelne, externe Unternehmen damit zu beauftragen, denn die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die Abfuhr nicht immer regelmäßig und zuverlässig gewährleistet ist. So wollen wir wieder einen besseren Zugriff und eine reibungslosere Abfuhr für die Bürger*innen des Lahn-Dill-Kreises realisieren.

Das Abfallwirtschaftszentrum Aßlar soll weiter ausgebaut und mit einer Photovoltaikanlage sowie Batteriespeicher ausgerüstet werden. Das Ziel ist, den Strom in Fahrzeugen der AWLD (die Flotte sollte schnellstmöglich auf rein elektrischen Antrieb umgestellt werden), des Kreises und ggf. anderer Nutzer*innen wie beispielsweise örtliche Logistikfirmen, zu nutzen. Die Einbindung von bidirektionalem Laden und die Nutzung von Wechsel-Akkus soll die Nutzung des eigenproduzierten Stroms zusätzlich erhöhen und Stromerlöse generieren. Diese wirken sich zukünftig positiv auf die Abfallgebühren aus.

2.Nachhaltige Entwicklung – Starke Wirtschaft

Gemeinsam den Wandel gestalten

Der Lahn-Dill-Kreis steht an einem Wendepunkt. Mit dem höchsten Anteil verarbeitenden Gewerbes in Hessen, prägen unsere mittelständischen Unternehmen aus Maschinenbau, Metallverarbeitung, Elektrotechnik und Optik seit Generationen die wirtschaftliche Identität unserer Region. Doch der Strukturwandel ist längst bei uns angekommen: Die Schließungen bei Continental und

Buderus-Edelstahl stehen beispielhaft für die enormen Herausforderungen und sie haben schmerzhaft Lücken gerissen. Handwerksbetriebe suchen händeringend nach Fach- und Nachwuchskräften, aber auch der Einzelhandel und die Gastronomie stehen unter Druck. Gleichzeitig zwingen uns Fehlbeträge im Haushalt zu einem ehrlichen Blick auf die Kreisfinanzen. Die entscheidende Frage lautet nicht, ob wir uns verändern müssen – sondern wie wir diesen Wandel aktiv gestalten und gestärkt daraus hervorgehen. Der Lahn-Dill-Kreis hat alle Voraussetzungen dafür: engagierte Unternehmer*innen, qualifizierte Fachkräfte und eine starke industrielle Basis. Was jetzt zählt, ist der Mut zu entschlossenem Handeln. Gemeinsam machen wir unseren Kreis zur Modellregion für nachhaltigen, wirtschaftlichen Erfolg!

Unser Ziel: Wohlstand durch nachhaltiges Wirtschaften

Der Lahn-Dill-Kreis steht vor einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderung. Klimakrise, Digitalisierung, veränderte Märkte und Kaufverhalten zwingen Unternehmen, sich neu aufzustellen. Wir GRÜNE sind überzeugt: Die ökologische Transformation unserer Wirtschaft ist kein Luxus, den wir uns in besseren Zeiten leisten – sie ist der Schlüssel zu nachhaltigem Wohlstand und stabilen Arbeitsplätzen. Ökologie und Ökonomie sind kein Widerspruch, sie bedingen einander. Ohne eine starke Wirtschaft gibt es keine Investitionen in Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt. Ohne Beachtung der natürlichen Grenzen und der Begrenztheit der Ressourcen wird die Wirtschaft nicht zukunftsfähig sein. Der Lahn-Dill-Kreis kann wichtige Impulse für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft setzen, die Wohlstand, Klimaschutz und soziale Sicherheit miteinander verbindet und so zum Vorreiter für nachhaltige Industrieproduktion werden. Dafür braucht es kluge Weichenstellungen und entschlossenes Handeln. Das bedeutet: Unsere traditionsreichen Unternehmen zu befähigen, mit innovativen Technologien und ressourcenschonenden Verfahren bestehende Märkte zu erweitern und neue Märkte zu erschließen.

Diese Transformation ist kein Schreckgespenst, sondern eine große Chance für innovative Produkte und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wir GRÜNE stehen für eine klimaneutrale Modernisierung der Wirtschaft durch die Förderung energieeffizienter Technologien und klimafreundlicher Produktionsprozesse. So sichern wir unsere Wettbewerbsfähigkeit. Dabei setzen wir auf eine enge Kooperation zwischen Unternehmen, Kommunen, Gewerkschaften, Verbänden und der Wissenschaft.

Durch den Ausbau der „Gründungsinitiative Mittelhessen“ und der Schaffung eines Gründerzentrums wollen wir Start-Ups gezielt fördern. Gleichzeitig setzen wir uns für die Stärkung von Familienbetrieben und Handwerksunternehmen ein, um den Mittelstand zu entlasten und resilienter zu machen. Fachkräftemangel begegnen wir mit Weiterbildung, attraktiven Arbeitsmodellen, einer Willkommenskultur für qualifizierte Zuwanderung. Mit einem kreisweiten Ausbildungspakt zwischen Unternehmen, Berufsschulen und der THM stärken wir die duale Ausbildung. Eine auf die Transformation ausgerichtete Aus- und Weiterbildung ist das gemeinsame Ziel aller Akteure.

Solide Finanzen durch kluge Investitionen

Die kommunalen Finanzen stehen unter Druck. Den Kommunen wurden in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben übertragen, ihnen aber dafür keine angemessene Finanzierung zur Verfügung gestellt. Der Lahn-Dill-Kreis hat in den zurückliegenden beiden Jahren Defizite im mittleren zweistelligen Millionenbereich verzeichnet. Das kann so nicht bleiben! Wir GRÜNE stehen für eine nachhaltige Haushaltspolitik – das bedeutet für uns einen verantwortungsvollen Umgang mit finanziellen Ressourcen. In der Beschaffung soll der Kreis neben finanziellen Aspekten zusätzlich auch ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen. Wo Europarecht oder Vergaberichtlinien dem nicht entgegenstehen, soll vorzugsweise die regionale Wirtschaft gestärkt werden.

Die Finanzausstattung des Kreises kann nicht unabhängig von den Kommunen betrachtet werden. Die Haupteinnahmequellen des Kreishaushaltes sind die Kreismulage und die Schulmulage. In den zurückliegenden Jahren ist es gelungen, diese im hessischen Vergleich auf einem niedrigen Niveau zu halten. Angesichts der hohen Verschuldung ist dies aber für die Folgejahre nicht mehr zu vertreten. Gleichwohl sehen wir, dass damit die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen immer weiter eingeschränkt werden. Unser Ziel ist, Umlagen in angemessener Höhe festzulegen und gleichzeitig die Kommunen in dieser angespannten Haushaltslage zu unterstützen.

Wir halten es daher für dringend notwendig, dass der Kreis seine Leistungen so effizient wie möglich erbringt, sorgsam mit den ihm zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln umgeht und einen noch stärkeren Fokus auf die Priorisierung von Ausgaben legt. So sollte das Onlinezugangsgesetz (OZG) schnell und umfassend umgesetzt werden, sodass alle Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden können. Anstatt Prozesse digital und analog vorzuhalten, setzen wir auf Servicestellen oder Bürgerbüros, in denen Bürger*innen beim Umstieg in die digitale Welt wohnortnah begleitet werden und ggf. auch digitale Endgeräte bereitstehen.

Verlässliche und nachhaltige Infrastruktur für starke Unternehmen

Eine verlässliche Infrastruktur ist die Basis für eine lebendige Wirtschaft. Unternehmen müssen sicher sein, dass ihr Standort zukunftsfähig ist, um langfristig planen zu können. Gerade im Lahn-Dill-Kreis mit seiner besonderen Topographie – hügelige Landschaft, 60 % Wald – sind diese Fragen besonders wichtig. Wir GRÜNE setzen auf eine nachhaltige Entwicklung von Gewerbeflächen: Revitalisierung hat Vorrang, wo immer es möglich ist. So nutzen wir vorhandene Standorte und vermeiden unnötigen Flächenverbrauch. Doch wir wissen auch: Neue Flächen werden gebraucht und Genehmigungsverfahren dauern lang! Deshalb müssen Flächen vorausschauend ausgewiesen und vorgehalten werden, doch ohne sie sofort umzuwidmen. So bleibt Natur erhalten, bis ein echter Bedarf entsteht. Der Kreis kann zudem eine wichtige moderierende Rolle übernehmen, etwa bei der gemeinsamen Ausweisung von Flächen. Wenn Kommunen zusammenarbeiten, können neue Gewerbestandorte entstehen, deren Erträge über eine faire Aufteilung der Gewerbesteuern allen zugutekommen. Interkommunale Zusammenarbeit bedeutet: Ressourcen bündeln, Synergien nutzen, Bürokratie reduzieren. Neuansiedlungen sollten sich vor allem entlang der guten Straßeninfrastruktur konzentrieren, während lokale Unternehmen in abgelegeneren Gemeinden unterstützt werden.

Nachhaltigkeit heißt für uns GRÜNE auch: klimaneutrale Modernisierung der Industrie im Kreis. Gerade die Schlüsselbranchen Metall, Maschinenbau und Elektrotechnik brauchen Unterstützung bei Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und innovativen Produktionsprozessen. Für Unternehmen soll Nachhaltigkeit ein klarer Standortvorteil sein von dem sie profitieren: durch ökologisch und ökonomisch stabile Rahmenbedingungen, Kostenvorteile, Fördermittel, Investoreninteressen und nicht zuletzt auch Image.

Ergänzend wollen wir eine regionale Kreislaufwirtschaft fördern, in der Abfälle zu Rohstoffen werden und Ressourcen im Kreis bleiben. Das schafft Versorgungssicherheit, reduziert Abhängigkeiten und stärkt die regionale Wertschöpfung.

Bürokratieabbau und Verbindlichkeit

Wirtschaft braucht Verlässlichkeit – Unternehmen müssen darauf vertrauen können, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und Priorität in der Verwaltung haben. Heute erleben viele Betriebe leider das Gegenteil: lange Bearbeitungszeiten, unklare Zuständigkeiten und fehlende Ansprechpartner*innen. Gerade für kleinere und mittlere Unternehmen kann das zum echten Standortnachteil werden. Wir GRÜNE wollen, dass der Lahn-Dill-Kreis zu einem kompetenten Partner für die regionale Wirtschaft wird. Dazu gehört auch, die Verwaltung so zu organisieren, dass Unternehmen feste Lotsen als Koordinator*innen an ihrer Seite haben, die behördenübergreifende Lösungen entwickeln – ob bei Baugenehmigungen, Arbeitsgenehmigungen oder komplexen Projekten. Wir wollen zudem eine „One-Stop“-Servicestelle einrichten – eine zentrale Anlaufstelle, die Unternehmen unkompliziert durch Genehmigungsprozesse führt. Darüber hinaus fordern wir verbindliche Bearbeitungsfristen und klare Zeitlimits, damit Anträge nicht endlos liegen bleiben. Wirtschaftsförderung heißt für uns nicht, immer neue Programme aufzulegen, sondern sich wirklich zu kümmern, ansprechbar zu sein und pragmatische Lösungen zu ermöglichen.

Unser Ziel: Unternehmen im Lahn-Dill-Kreis sollen unkompliziert wachsen können – in einem transparenten, verlässlichen und kooperativen Umfeld.

Der Bürokratieabbau darf jedoch nicht zu Lasten von Arbeitnehmer*innen gehen. Dazu gehören insbesondere Tariftreue, Arbeitnehmer*innenvertretungen und Arbeitsschutz in den Betrieben.

Ein Lebensumfeld, das Arbeit attraktiv macht

Jeder Arbeitsplatz profitiert von einem starken Umfeld aus Betreuung, Mobilität und Freizeit. Es soll bezahlbar, verlässlich und klimafreundlich sein. Das hilft den Unternehmen im Kreis, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

Maßgeblich dafür sind für uns GRÜNE zum einen wohnortnahe Kitas, keine Wartelisten und transparente Elternbeiträge, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie garantieren. Des Weiteren setzen wir uns für einen zuverlässigen, regelmäßig getakteten ÖPNV und ein gut ausgebautes Radwegenetz ein, die den Weg zur Arbeit erleichtern und gleichzeitig zu einem geringeren Verkehrsaufkommen und weniger Emissionen beitragen.

Und nicht zuletzt soll es auch saubere, moderne und gut erreichbare Schwimmbäder als Orte der Gesundheit und Erholung – mit fairen Preisen, regelmäßigen Öffnungszeiten und einem attraktiven Kursangebot für Kinder und Erwachsene geben. Um dieses Angebot dauerhaft aufrecht halten und Planungssicherheit für die betreibenden Kommunen garantieren zu können, wollen wir, dass der Kreis den Unterhalt der Bäder wirksam unterstützt.

Wir führen einen Standortindex ein, der solche arbeitsplatzrelevanten Punkte umfasst. Die Ergebnisse werden veröffentlicht, damit Arbeitnehmer*innen sowie Unternehmen nachvollziehen können, wie ihr Standort diesbezüglich aufgestellt ist und was wir verbessern. So stärken wir die Wirtschaft im Lahn-Dill-Kreis.

3. Bildung

Bildung ermöglicht die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hin zu verantwortungsbewussten, eigenständigen Erwachsenen und ist ein Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Erfolg. Uns GRÜNEN ist deshalb wichtig, dass allen Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status der Eltern die gleichen Bildungschancen zur Verfügung stehen.

Schule: Mehr als nur ein Ort

Schulbau nachhaltig gestalten

Gebäude in denen sich Menschen wohlfühlen sind Grundvoraussetzung für erfolgreiches Lernen. Wir GRÜNE haben durch konstruktive Begleitung im Kreistag und Kreisausschuss einen erheblichen Anteil daran, dass sich viele Schulgebäude im Landkreis in einem vergleichsweise guten Zustand befinden. Dennoch ist an vielen Schulen ein großer Sanierungsdruck entstanden und viele Schulen stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen. Wir fordern daher, dass Investitionen in die Sanierung und den Ausbau von Schulen weiter vorangetrieben werden. Neben gut ausgestatteten Unterrichtsräumen benötigen sowohl Schüler*innen als auch das Lehrpersonal und die Mitarbeiter*innen im Sekretariat und der Schulverwaltung ansprechende Aufenthaltsorte – drinnen und draußen. Arbeitsplätze und Räume zum Austausch sollten dabei von den Pausenräumen getrennt sein. An allen Schulen müssen genügend Räume für konzentriertes Arbeiten und Beratungsgespräche vorhanden sein. Auch individuelle Stauräume für Materialien sind erforderlich. Wir setzen uns dafür ein, dass alle schulischen Räume unter Berücksichtigung der verschiedenen Bedürfnisse und Wünsche eingerichtet werden. Insbesondere die Einbeziehung der Schüler*innen muss hierbei verbessert werden, ohne die konkreten pädagogischen und finanziellen Rahmenbedingungen außer Acht zu lassen.

Bei der Sanierung wie auch beim Neubau der Schulgebäude muss weiterhin auf bestmögliche Energieeffizienz geachtet werden und bei der Auswahl der Baumaterialien Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen.

Auch fordern wir, die Unterhaltung der Schulen zu verbessern und zu entbürokratisieren. Konkret auftretende Probleme wie defekte Dächer oder Fenster müssen sofort angegangen werden, denn nur funktionierende und intakte Schulgebäude ermöglichen ein produktives Lernen und erzeugen ein Gefühl der Wertschätzung. Dabei muss eine faire Behandlung der verschiedenen Schulformen im Blick behalten und ggf. über Ausgleichsverfahren verhandelt werden.

Klimaresiliente Schulen und Schulhöfe

Angeichts der fortschreitenden Klimaerwärmung müssen Verschattung, Hitzeschutz sowie Klima- und Naturschutz elementarer Bestandteil aller Planungen für Um- und Neubauten sein. Trinkwasserspender müssen standardmäßig zur Verfügung stehen. Schulhöfe müssen stärker entsiegelt und mit Bäumen bepflanzt werden, ohne Bewegungs- und Aufenthaltsräume einzuschränken. An besonders warmen Tagen ist Unterricht und vor allem ein produktives, angenehmes Lernen aufgrund der Hitze oft nicht möglich.

Auch bei neueren Schulgebäuden wurde ein angemessener Hitzeschutz beim Bau nicht in ausreichendem Maß berücksichtigt. Dies muss künftig als Kriterium in die Planung einfließen.

Besondere Bedarfe an Schulen

Zu unserer vielfältigen Schüler*innenschaft im Lahn-Dill-Kreis gehören auch Menschen mit Benachteiligungen oder Behinderungen. Uns ist wichtig, dass sie überall dabei sein können – in der Schule und während der Freizeit. Wir brauchen deshalb ein Bildungs- und Personal Angebot, das ihren Bedarfen gerecht wird. Derzeit besuchen nur etwa 38% der Schüler*innen mit Beeinträchtigungen und Förderbedarf eine Regelschule. Der Wert ist rückläufig – 2020 waren es noch etwa 44%. Ein Grund hierfür ist, dass viele Schulen und Schulhöfe im Lahn-Dill-Kreis noch immer nicht barrierefrei zugänglich sind. Wir fordern ein umfassendes Investitionsprogramm, um an allen Schulen die strukturellen Rahmenbedingungen für erfolgreiche Inklusion zu schaffen.

Auch Teilhabeassistent*innen sind dafür unverzichtbar, doch fehlt es aktuell an qualifiziertem Personal und Bewilligungsverfahren dauern oft viel zu lang. Wir fordern ein Konzept für die Qualitätsverbesserung der Teilhabeassistenten an Schulen und setzen uns für ein kreisweites Qualifizierungsprogramm ein. Hier sollte mit allen beteiligten Akteuren evaluiert werden, in welchen Bereichen das System bereits funktioniert, welche Verbesserung umgesetzt werden müssen und wo Entbürokratisierung möglich ist.

Digitalisierung

Digitale Schulen sind in den vergangenen Jahren zur Realität geworden, diesen Weg wollen wir konsequent weiter gehen. Essentiell für zielführendes digitales Lernen ist die vollständige Ausstattung mit modernen Endgeräten (Tablet oder Laptop) und flächendeckendes WLAN, sowie die Kompetenz im Umgang mit Medien – im Allgemeinen und als Lernmittel.

Besonders wichtig ist uns, neben der Anschaffung von technischer Ausstattung, der Ausbau des IT-Support durch Fachpersonal in allen Schulen, um auftretende Probleme zeitnah zu lösen, damit Lehrkräfte sich wieder auf ihren Beruf konzentrieren können, statt die IT der Schule managen zu müssen. Große Schulen sollten einen festen Vor-Ort Service haben, für kleinere Schulen kann es einen geteilten Service geben, der jeweils an zentral gelegenen Schulen eingerichtet wird. Für beide Verfahren müssen ausreichende Arbeitsstunden vorhanden sein.

Die fortschreitende Digitalisierung erfordert zudem die Fortführung des Medienzentrums. Dessen Angebote, insbesondere in den Bereichen der digitalen Bildung und der KI-Bildung, müssen weiter ausgebaut und allen Schulen im Kreis zugänglich gemacht werden.

Sauberkeit in Schulen: Reinigungen der Räumlichkeiten und der sanitären Anlagen

Besonders in den Schulen, aber auch in den Kindertageseinrichtungen bedarf es einer gründlichen Reinigung der Klassenzimmer, der Gruppenräume, der Aufenthaltsräume und vor allem der sanitären Anlagen. Gerade bei den sanitären Anlagen sind umgehend wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Reinigungssituation erforderlich. Die Hygiene ist essenziell für das Wohlbefinden und die Gesundheit der Kinder, der Lehrkräfte und der Pädagogischen Fachkräfte. Es muss nach Ausschreibungen für die Vergabe von Reinigungsarbeiten in den Schulen und den Kindertageseinrichtungen davon Abstand genommen werden, dass nur der günstige Anbieter den entsprechenden Zuschlag erhält, sondern der Anbieter mit dem angemessensten Angebot. Dies ist rechtlich durchaus möglich. Es muss darauf geachtet werden, dass das jeweilige Personal tarifgerecht entlohnt wird und die entsprechenden Vorgaben der Reinigungstätigkeiten überprüft und ggf. die Zeiten erhöht werden. Der Schutz und die Gesundheit der Kinder sind wichtiger, als Einsparungen im Haushalt oder die Gewinne der ausführenden Firmen.

Schulvielfalt weiterdenken

Um den Bedarfen nach unterschiedlichen Lernorten und den vielfältigen Bedürfnissen der Schüler*innen auch in Zukunft nachkommen zu können, setzen wir GRÜNE uns für den Erhalt der Schulvielfalt im Lahn-Dill-Kreis ein.

Kleine Grundschulen sollen trotz sinkender Schüler*innenzahlen erhalten bleiben, damit die Kinder in ihrem gewohnten Umfeld zur Schule gehen können. Wir befürworten die Umsetzung von Kombiklassen, in denen Kinder aus verschiedenen Jahrgangsstufen gemeinsam unterrichtet werden, wenn dadurch der Erhalt der Schule ermöglicht wird. Allerdings sollte keine Schule weniger als 25 Schüler*innen über alle Jahrgänge hinweg unterrichten.

Wir setzen uns zudem für die parallele Entwicklung von Gesamtschulen und Gymnasien ein, um individuelle Schwerpunkt-Interessen von Schüler*innen weiterhin fördern zu können.

Das Angebot „Schule für Kranke“ der Rehbergschule in Herborn bietet Kindern und Jugendlichen, die sich in stationärer Behandlung befinden die Möglichkeit, trotz andauernder Krankheit unterrichtet zu werden. In Zusammenarbeit mit der Vitos Klinik konnte erreicht werden, dass auch Schüler*innen in nicht-stationärer Behandlung die Rehbergschule besuchen dürfen. Wir fordern, dieses Angebot weiter auszubauen und die Errichtung einer zweiten „Schule für Kranke“ im Lahn-Dill-Kreis zu prüfen.

Auch den Ausbau von weiteren „Familienklassen“ an Grundschulen unterstützen wir ausdrücklich, in denen Kinder mit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten gemeinsam mit ihren Eltern lernen, den Schulalltag wieder angemessen zu bewältigen. Durch den Einsatz von uns GRÜNEN existiert dieses Angebot bereits an 15 Standorten im Kreis. Wir wollen, dass jede Schule mit Bedarf die Möglichkeit bekommt, eine „Familienklasse“ einzurichten.

Ein besonderes Augenmerk muss auf der Schulentwicklungsplanung und Bedarfsorientierung liegen: Bei der Fortschreibung von Schulentwicklungsplänen ist uns eine stärkere Beteiligung von Schulpersonal, Schüler*innen- und Elternvertretungen und kommunalen Gremien wichtig. Denn nur durch das Einbringen verschiedener Perspektiven können die Bedarfslagen differenziert betrachtet und geeignete, praxisnahe Lösungen abgestimmt werden. Die Vergangenheit zeigte: Dann, wenn im Vorfeld eine starke Beteiligung aller Betroffenen ermöglicht wurde, wurden die besten Lösungen gefunden.

Sozialarbeit an Schulen

An den Schulen findet ein erheblicher Teil der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen statt. Ziel der Sozialarbeit an Schulen ist es, die soziale Kompetenz, das Zusammenleben und die Integration benachteiligter Schüler*innen zu fördern. Jede Schule benötigt daher sozialpädagogische Unterstützungsangebote durch Fachkräfte. Um diese wichtigen Angebote kontinuierlich und qualitativ aufrecht erhalten zu können, müssen für Sozialarbeiter*innen an Schulen gesicherte Beschäftigungsverhältnisse gewährleistet werden, statt geringe Stellenanteile und unattraktive befristete Stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass weiterhin auch durch den Schulträger Personal in der schulischen Sozialarbeit eingesetzt wird. Das neue Konzept der sozialraumorientierten Sozialarbeit des Kreises darf nicht dazu führen, dass sich der ohnehin erhebliche Mangel an sozialpädagogischen Fachkräften in Schulen weiter verschärft.

Ganztagsbetreuung

Ganztagsschulen werden in naher Zukunft die Regel sein und keine Ausnahmen mehr darstellen. Dafür benötigen Schulen sowohl ein ausreichendes Platzangebot als auch genügend qualifiziertes Personal. Dabei geht es nicht nur um pädagogische Fachkräfte, auch das Stundenkontingent der Sekretariate muss zur Koordination des Ganztages gestärkt werden. Bei der Entwicklung weiterer Angebote befürworten wir die gezielte Einbindung von Vereinen, Kinder- und Jugendeinrichtungen und anderer lokaler Initiativen. Die Kooperation der verschiedenen Akteure zur Beteiligung an der Gestaltung des Ganztages muss besser gefördert werden.

Der „Pakt für den Ganzttag“ ist im Lahn-Dill-Kreis 2017 gestartet und der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung seit dem Schuljahr 2026/2027 erstmalig gültig. Bereits an 60 Schulen im Lahn-Dill-Kreis wurde Nachmittagsbetreuung umgesetzt.

Wir GRÜNE unterstützen den „Pakt für den Ganzttag“ und fordern, die Schulen beim weiteren Ausbau ihrer Ganztagsangebote zu unterstützen, dies bezieht sich ausdrücklich auch auf die weitgehende gebundene oder zumindest teilgebundene Ganztagschule.

Gesundes Essen in Schulen

Durch den Ausbau des Ganztages werden künftig immer mehr Schüler*innen in der Schule zu Mittag essen. Aus Sicht von uns GRÜNEN ist es dabei besonders wichtig, dass die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung in Bezug auf eine gesunde und ausgewogene Ernährung eingehalten werden. Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit Allergien müssen bei der Erstellung der Speisepläne zudem besonders berücksichtigt werden. Darüber hinaus soll es auch ein veganes Angebot geben. Wir setzen uns dafür ein, dass Lebensmittel aus biologischem, saisonalem und regionalem Anbau verwendet werden, was nicht nur die lokale Landwirtschaft stärkt, sondern zeitgleich für eine soziale Preisgestaltung sorgt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Deckelung des Mittagessenspreises von aktuell € 4,- pro Mahlzeit nicht angehoben wird.

Mit Hilfe einer dafür eingerichteten Stelle in der Kreisverwaltung soll die Essensversorgung an den Schulen kontinuierlich weiterentwickelt werden. Wir fordern eine flächendeckende Abdeckung von Caterern, die Essen zentral zubereiten und anschließend innerhalb von max. 30 Minuten an die Schulen verteilen.

Berufliche Bildung ausbauen – Lebenslanges Lernen fördern

Wir unterstützen die bereits heute vorhandene berufliche Orientierung an unseren Schulen und begrüßen ausdrücklich die Eigeninitiative einzelner Schulen in diesem Bereich. Wir setzen uns dafür ein, dass gute Projekte wie z.B. „Schule Plus“ der Johann-Textor-Schule in Haiger weiter ausgebaut werden und fordern eine stärkere Unterstützung des Kreises bei der Entwicklung und Verwirklichung solcher Angebote.

Über die allgemeinbildenden Schulen hinaus setzen wir uns dafür ein, die fünf Berufsschulstandorte im Lahn-Dill-Kreis zu erhalten und die wohnortnahe berufliche Ausbildung insbesondere im ländlichen Raum zu sichern. Wir werden die Implikationen des hessenweiten Standardkonzeptes „Zukunftsfähige Berufsschule“ genau prüfen und über die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes hinaus darauf hinwirken, dass Auszubildende weiterhin ein attraktives Angebot an Ausbildungsgängen an allen Berufsschulstandorten vorfinden. Um im Kreis im Wettbewerb um Landes- und Bezirksfachklassen gut aufgestellt zu sein, ist eine gute Vernetzung und Zusammenarbeit der Berufsschulen sowie Gewerkschaften und politischen Gremien unabdingbar.

Weiterhin fordern wir den Bau eines richtigen Azubi-Campus im Lahn-Dill-Kreis. Dieser muss zentral gelegen und für alle gut erreichbar sein. Die aktuellen Pläne für einen solchen Campus in Dillenburg, die aufgrund der Initiative von uns GRÜNEN im Kreis erarbeitet wurden, weisen viel zu geringe Kapazitäten auf und können bestenfalls den Nordkreis teilweise bedienen. Die in Mittelhessen entwickelte Möglichkeit im Rahmen eines StudiumPlus zeitgleich mit dem Hochschulstudium auch Berufserfahrung zu sammeln, ist einzigartig für die Region. Wir GRÜNE wollen das StudiumPlus ausdrücklich weiter fördern und unterstützen.

Für uns GRÜNE ist lebenslanges Lernen ein zentraler Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe, persönliche Entwicklung und berufliche Chancen. Deshalb setzen wir uns für ein starkes und vielfältiges Weiterbildungsangebot ein. Volkshochschulen spielen dabei eine zentrale Rolle als wohnortnahe, niedrighschwellige und bezahlbare Bildungsorte für alle Generationen. Wir GRÜNE wollen die Volkshochschule finanziell absichern, modernisieren und in ihrer Rolle als Orte der Begegnung und Integration stärken. Insbesondere für den ländlichen Raum und für Menschen mit eingeschränkter Mobilität braucht es zusätzlich digitale Lernangebote. Wir fordern den Ausbau barrierefreier Zugänge und die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wie Bibliotheken, Vereinen und sozialen Trägern.

4. Gesundheit und Pflege: Für alle Menschen in allen Lebenslagen

Eine gute Gesundheitsversorgung gehört für uns GRÜNE selbstverständlich zur öffentlichen Daseinsvorsorge im Lahn-Dill-Kreis. Im besten Fall arbeiten ambulante und stationäre medizinische Träger Hand in Hand. So erhalten alle in ihrem sozialen Umfeld eine integrierte Versorgung. Die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung betrifft alle Lebensabschnitte, von der Schwangerschaft bis ins hohe Alter und schließt alle Menschen mit ein. Die derzeitige Situation, vor allem im Bereich der häuslichen Pflege, ist oft noch unzureichend und bedarf der Nachbesserung. Besondere Knappheit besteht bei ambulanten Pflegediensten und in der Entlastung häuslich pflegender Angehöriger.

Im Lahn-Dill-Kreis hat die Kommune mit der Trägerschaft für die Lahn-Dill-Kliniken die Verantwortung für weite Teile der medizinischen Versorgung übernommen. Wir GRÜNE setzen uns entschieden dafür ein, dass das so bleibt.

Pflege als kommunale Daseinsvorsorge stärken

Pflege ist für uns GRÜNE mehr als nur eine Dienstleistung – sie ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben und ein Grundpfeiler der kommunalen Daseinsvorsorge.

Auch im Lahn-Dill-Kreis stehen wir vor der Herausforderung, aufgrund des demografischen Wandels eine würdevolle und bedarfsgerechte Pflege sicherzustellen. Dafür ist eine vorausschauende Pflegebedarfsplanung notwendig, die diese Entwicklung berücksichtigt und passende Angebote schafft. Gemeinsam mit örtlichen Akteuren, Betroffenen und Angehörigen wollen wir ein zukunftsfähiges Pflegekonzept für den Lahn-Dill-Kreis entwickeln, das sicherstellt, dass sowohl in städtischen als auch ländlichen Regionen eine hochwertige Pflegeinfrastruktur vorhanden ist.

Innovative Wohnformen als Alternative zu Pflegeheimen

Jeder Mensch hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben, auch bis ins hohe Alter hinein. Wir GRÜNE wollen deshalb die Vielfalt der Wohn- und Pflegeeinrichtungen deutlich erweitern und setzen uns für die Förderung selbstorganisierter Wohn-Pflege-Gemeinschaften ein, die mehr Selbstbestimmung und Lebensqualität ermöglichen als herkömmliche Pflegeheime. Notwendig dafür ist eine gezielte finanzielle Unterstützung und Beratung, um die Gründung solcher Gemeinschaften zu erleichtern.

Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass für diejenigen, die einen höheren Pflegebedarf haben, ausreichende stationäre Wohn- und Pflegemöglichkeiten zur Verfügung stehen und diese sowohl personell als auch finanziell gut aufgestellt sind.

Ambulante Pflege stärken – pflegende Angehörige unterstützen

Unser Ziel ist es, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Deswegen ist der Ausbau ambulanter Pflegedienste für eine hochwertige medizinische Versorgung im gewohnten Umfeld notwendig.

Zudem setzen wir uns für eine umfassende Unterstützung pflegender Angehöriger ein. Durch ein verbessertes Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen, niedrigschwelligen Beratungsangeboten – auch digital – und Entlastungsdiensten, die konkrete Hilfe im Alltag bieten. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Arbeit des Pflegestützpunktes in der Kreisverwaltung. Dort finden pflegebedürftige Menschen und Angehörige umfassende Informationen zu den Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung. Diese Arbeit muss weiter unterstützt und finanziell wie personell abgesichert werden.

Gute Vernetzung – starke Gesundheitsversorgung

Eine zukunftssichere Gesundheitsversorgung lebt von der intelligenten Vernetzung aller Akteur*innen – egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Im Lahn-Dill-Kreis stehen wir vor der Herausforderung, eine flächendeckende medizinische Versorgung für alle Bürger*innen sicherzustellen.

Wir unterstützen Konzepte, die die Arbeitsbedingungen für Mediziner*innen nicht nur in den Mittelzentren, sondern in allen Kommunen verbessern und sie dazu motivieren, sich in der Region niederzulassen.

Hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum sichern

Das Durchschnittsalter der Hausärzt*innen im Lahn-Dill-Kreis steigt stetig an. Bis 2040 werden laut dem Gesundheitsamt Lahn-Dill etwa 69% der heute niedergelassenen Ärzt*innen in Rente gehen. Besonders die ländlichen Gemeinden sind bereits jetzt von dem Mangel an Hausärzt*innen betroffen. Deshalb wollen wir das Landarztnetz Lahn-Dill stärken, um die hausärztliche Versorgung gerade im ländlichen Raum kontinuierlich und flächendeckend zu gewährleisten. Dazu gehören Konzepte, die die Arbeitsbedingungen für Mediziner*innen nicht nur in den Städten, sondern in allen Kommunen des Kreises verbessern und attraktive Anreize schaffen. Wir unterstützen auch die Fortsetzung der „Interprofessionellen Woche“, einem Projekt des Kreises und des Arzt-Netzes für die Region Lahn-Dill A.N.R. e.V. in Zusammenarbeit mit der Justus-Liebig-Universität Gießen, um junge Ärzt*innen zu motivieren, sich im Lahn-Dill-Kreis niederzulassen.

Versorgungsstrukturen neu denken

In Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzt*innen wollen wir medizinische Versorgungszentren (MVZ) und kommunale Gesundheitszentren, wie in Breitscheid, entwickeln, um die ambulante Versorgung sicherzustellen. Diese Zentren bündeln verschiedene Medizinische Angebote unter einem Dach und ermöglichen kurze Wege für Patient*innen. Besonders wichtig ist uns eine sektorenübergreifende Versorgung, die ambulante und stationäre Bereiche optimal miteinander verzahnt. Darüber hinaus setzen wir auf multiprofessionelle Teams, in denen Ärzt*innen, Pflegekräfte, Therapeut*innen und weitere Gesundheitsfachkräfte Hand in Hand zusammenarbeiten. So entlasten wir Mediziner*innen und verbessern gleichzeitig die Versorgungsqualität.

Um zusätzliche Erleichterungen für Patient*innen zu ermöglichen, fordern wir, die personellen Strukturen für die Einstellung eines oder einer Gesundheitslots*in im Gesundheitsamt zu schaffen, der oder die Patient*innen durch das Gesundheitssystem navigiert und bei der Koordination der gesundheitlichen Versorgung unterstützt. Besonders für ältere und chronisch kranke Menschen schaffen wir damit einen erleichterten Zugang zu Gesundheitsleistungen.

Ausbildungsberufe stärken

Gute Gesundheitsversorgung braucht gut ausgebildete Fachkräfte. Wir setzen uns für eine Stärkung und Unterstützung des „Bildungszentrums Pflege“ sowie aller weiteren Pflegeschulen im

Lahn-Dill-Kreis ein, um eine qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung in unserer Region langfristig zu sichern.

Um der größer werdenden Herausforderung des Fachkräftemangels aktiv entgegenzuwirken, braucht es eine höhere Präsenz gesundheitsrelevanter Ausbildungsgänge. Viele junge Menschen kennen die vielfältigen Möglichkeiten in Gesundheitsberufen nicht ausreichend. Durch gezielte Informationskampagnen in Zusammenarbeit mit den Schulen und dem Jobcenter wollen wir die Attraktivität und Vielfalt dieses Berufszweiges hervorheben. Dazu gehört auch die Darstellung von Karriere- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Eine bessere Sichtbarkeit der Gesundheitsberufe unterstützt zudem Pflegeeinrichtungen bei der Gewinnung von Auszubildenden und Fachkräften. Auch müssen Entlohnung und Arbeitszeiten in allen Pflegeeinrichtungen tarifgebunden erfolgen – vor allem bei privat geführten Einrichtungen ist das oft noch nicht der Fall.

Gesundheitsversorgung für Alle – Fundament unserer Gesellschaft

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass alle Menschen – unabhängig von ihrem Wohnort, ihrem Einkommen oder ihrer Herkunft – Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung haben. Ein verlässliches, sozial gerechtes Gesundheitswesen stärkt das Vertrauen der Menschen in unsere demokratischen Institutionen und trägt zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei.

Unser Ziel ist ein Gesundheitssystem, das die Menschen in den Mittelpunkt stellt und durch intelligente Vernetzung, kommunale Verantwortung und präventive Ansätze für alle Generationen da ist – vom ersten Lebenstag bis ins hohe Alter.

Bestens betreut von der Schwangerschaft bis nach der Geburt

Jedes Kind hat das Recht auf einen guten Start ins Leben. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass alle werdenden Eltern die bestmögliche Unterstützung erhalten – von der Schwangerschaft über die Geburt bis in die ersten Lebensmonate des Kindes. Um das zu gewährleisten, brauchen wir eine flächendeckende Versorgung mit gut ausgebildeten Hebammen. Zur Unterstützung in ihrer täglichen Arbeit können Angebote zu Vernetzung und Beratung durch das Gesundheitsamt dienen.

Die Geburtshilfe in den Lahn-Dill-Kliniken am Standort Wetzlar ist mittlerweile die einzige im Lahn-Dill-Kreis. Mit der Einführung eines hebammengeführten Kreissaals wollen wir die Attraktivität dieses Standorts für Mütter und Hebammen weiter steigern. Gelingen kann das nur in enger Zusammenarbeit mit den Beteiligten.

Schwangerschaft und Geburt können auch mit Ängsten und Unsicherheit verbunden sein. Werdende Mütter in Konfliktsituationen brauchen daher besondere Unterstützung durch niedrigschwellige, kostenfreie Beratungsangebote. Wir setzen uns dafür ein, dass Beratungsstellen im Kreis finanziell unterstützt werden, um das bestehende Angebot weiterführen und zusätzliche Angebote ausbauen zu können. Es könnten beispielsweise digitale Sprechstunden eingerichtet werden, um auch Frauen im gesamten Landkreis die nötige Unterstützung zu bieten.

Insbesondere die Angebote der „Frühen Hilfe“ müssen besonders unterstützt und gefördert werden. Diese Angebote stärken Familien von Anfang an, helfen die Eltern-Kind Bindung zu fördern und schützen Kinder durch gezielte präventive Arbeit vor Vernachlässigung und Gewalt.

Versorgung für die Kleinsten verbessern

Um die Gesundheitsversorgung unserer Kinder zu sichern und zu verbessern, wollen wir Kinderärzt*innen von administrativen Aufgaben entlasten, damit sie sich wieder auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können. Dafür fordern wir die Ansiedlung einer Pflegefachkraft beim Gesundheitsamt, die als Schnittstelle zwischen den Ärzt*innen, Therapieeinrichtungen und Familien fungiert und Verwaltungsaufgaben wie die Koordination von Logopädie, Ergotherapie und weiteren therapeutischen Angeboten übernimmt. Durch diese zentrale Koordination ermöglichen wir zudem eine passgenaue Förderung für jedes Kind, entsprechend seinen individuellen Bedürfnissen und entlasten gleichzeitig die Eltern, die bislang noch selbst die Koordinator*innen zwischen den Therapieeinrichtungen sind.

Gesundheit junger Menschen im Fokus

Kinder und Jugendliche brauchen besondere Aufmerksamkeit für ihre Gesundheit. Besonders junge Menschen in schwierigen Lebenssituationen finden nicht immer den Weg zu bestehenden Gesundheitsangeboten und benötigen daher niedrigschwellige Zugänge zu medizinischer Versorgung. Wir GRÜNE setzen uns daher für die Stärkung der aufsuchenden Sozial- und Gesundheitsarbeit ein. An Schulen aber auch dort, wo Jugendliche sich in ihrer Freizeit aufhalten, wie Jugendzentren, Sportvereinen oder anderen öffentlichen Treffpunkten. Dabei sollte nicht nur Hilfe bei akuten gesundheitlichen Problemen angeboten werden, sondern auch langfristige Beratung und Begleitung im Fokus stehen, denn viele gesundheitliche Probleme im Erwachsenenalter haben ihre Wurzel in der Kindheit und Jugend. Darüber hinaus setzen wir auf umfassende Präventionsprogramme zu Zahngesundheit, Adipositas und Allergievorsorge in Schulen und Kitas. Präventionsangebote müssen fester Bestandteil in allen Bildungseinrichtungen werden. Um das zu gewährleisten, fordern wir eine bessere Vernetzung von Jugend- und Gesundheitsamt mit den Schulen. Nur durch eine enge Zusammenarbeit aller beteiligten Akteur*innen kann Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe an Schulen etabliert werden.

Suchtprävention und moderne Drogenpolitik

Suchterkrankungen betreffen Menschen aller Altersgruppen und sozialen Schichten. Wir GRÜNE setzen uns für eine moderne Drogenpolitik ein, die in der Suchtprävention auf Aufklärung statt reiner Abschreckung setzt und die Gesundheit der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Suchtprävention muss frühzeitig und kontinuierlich stattfinden, daher setzen wir uns für umfassende und altersgerechte Projekte und Beratungsangebote an Schulen, in Jugendzentren und in Freizeiteinrichtungen ein.

Die Realität zeigt jedoch auch: Verbote verhindern den Konsum von Drogen nicht. Im Rahmen einer schadensminimierenden Drogenpolitik fordern wir GRÜNE deshalb die Prüfung eines Modells für Drug-Checking-Angebote im Lahn-Dill-Kreis, bei denen Konsument*innen ihre Substanzen anonym auf gefährliche Streckmittel testen lassen können. Das rettet Leben und bereitet den Weg für weitere Beratungsangebote.

Psychische Gesundheit stärken

Psychische Erkrankungen betreffen immer mehr Menschen. Dass diese Erkrankungen zunehmend besser erkannt und diagnostiziert werden, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der psychischen Gesundheit die gleiche Aufmerksamkeit zuteilwird, wie körperlichen Erkrankungen. Wir fordern kreisweit präventive Angebote als zentrale Bausteine der Gesundheitsvorsorge. Des Weiteren wollen wir einen niedrigschwelligen Zugang zu Hilfsangeboten für Menschen mit psychischen Belastungen schaffen, denn die Wartezeiten für Therapieplätze sind lang und die Hürden für erkrankte Personen oft hoch. Wir fordern deshalb die Einrichtung von Erstberatungsstellen, die auch ohne Termin aufgesucht werden können und Unterstützung bei der Weitervermittlung anbieten. Damit Beratungsstellen ihre wichtigen Aufgaben wahrnehmen können, benötigen sie sichere Finanzierungen und verlässliche Rahmenbedingungen.

5. Soziales: Gesellschaftliche Vielfalt und Gemeinschaft

GRÜNE Sozialpolitik stellt die Interessen und Bedürfnisse aller Menschen im Kreis in den Mittelpunkt. Sie stärkt die Selbstbestimmung der Bürger*innen und hat das Allgemeinwohl im Blick. Die Möglichkeit zur aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in jedem Alter liegt uns GRÜNEN sehr am Herzen. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die Begegnungs- und Familienzentren, die als niedrigschwellige Anlaufstelle für alle Menschen im gesamten Kreis zur Verfügung stehen. Diese Angebote werden teils von freien Trägern, teils von den Kommunen selbst durchgeführt und vom Kreis gefördert. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, diese Förderung zu erhalten und Angebote weiter auszubauen.

Starke Familien – sichere Zukunft

Kinderbetreuung

Eine qualitativ hochwertige und zuverlässige Kinderbetreuung ist das Fundament für Bildungsgerechtigkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu müssen Betreuungsangebote ausgebaut und der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr durchgesetzt werden!

Um dem Fachkräftemangel aktiv entgegenzuwirken, fordern wir, dass jede Einrichtung im Kreis einen Anspruch auf mindestens eine zusätzliche PIVA-Kraft (Praxisintegrierte vergütete Ausbildung) erhält, deren Kosten vom Kreis übernommen werden. Wir weiten damit die Möglichkeiten der PIVA erheblich aus und sichern die Qualität der Ausbildung.

Um die Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen halten zu können, braucht es Veränderungen der Rahmenbedingungen. Dazu sind kleinere Gruppengrößen und unterschiedliche pädagogische Professionen notwendig, um die Förderung der Kinder und Beratung der Eltern zu verbessern.

Weiter müssen die Gruppenreduzierungen bei Kindern mit Behinderungen im Rahmen der Eingliederungshilfe (Integrationsplatz) beibehalten werden.

Auch sind Verwaltungsprozesse in der Kinderbetreuung oft noch umständlich und zeitraubend. Träger und Einrichtungen wenden viele Ressourcen für Bürokratie auf – Zeit, die in der pädagogischen Arbeit fehlt. Der Kreis sollte, in Zusammenarbeit mit den Kommunen, einheitliche Standards entwickeln und durch Digitalisierung interne Prozesse vereinfachen und beschleunigen.

Gesellschaftliche Teilhabe für Jugendliche

Mit unserer GRÜNEN Jugendpolitik stehen wir dafür, dass alle Jugendlichen im Lahn-Dill-Kreis die gleichen Entwicklungschancen haben. Insbesondere die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten müssen verbessert werden: Durch kostenfreie Kulturpässe, eine Ausweitung der Ferienpass Angebote, eine Deckelung der selbst zu tragenden Kosten für Kinder- und Jugendfreizeiten auf maximal € 100,- für 5 Tage und die Einrichtung von Jugendtaxis, um Jugendlichen die Teilnahme an Freizeitangeboten außerhalb ihrer Gemeinde zu ermöglichen. Zudem müssen Nachwuchsprojekte in den Bereichen Kunst und Kultur verstärkt gefördert und weitere Angebote geschaffen werden.

Mit der Einrichtung der Kreisjugendvertretung haben wir GRÜNE bereits einen ersten wichtigen Schritt für eine bessere Beteiligung der Jugendlichen getan. Die Jugendvertretung muss in ihrer Arbeit unterstützt und hauptamtlich begleitet werden. Beispielsweise in Form von „Jugendhearings“ mit kommunalen Entscheidungsträger*innen sollen die Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche weiter verbessert werden – besonders bei Themen, die sie stark betreffen, wie Schule, Verkehr und Klima.

Prävention und Perspektiven für junge Menschen

Jugendkriminalität ist häufig ein Symptom sozialer und struktureller Herausforderungen. Ursachen wie familiäre Belastung, fehlende Freizeitangebote, Perspektivlosigkeit oder mangelnde soziale Integration können Jugendliche und junge Erwachsene anfällig machen für Straffälligkeit. Unser Ziel ist es, durch präventive Maßnahmen, Förderung von Medienkompetenz und Demokratieverständnis sowie gezielte Unterstützungsangebote, solche Verhaltensweisen zu verhindern und jungen Menschen nachhaltige Wege aus der Straffälligkeit aufzuzeigen. Um eine effektive Betreuung gewährleisten und bereits existierende Projekte weiterführen zu können, fordern wir, die Finanzierung sozialer Dienste auszuweiten und die personelle Ausstattung sicherzustellen.

Das Recht auf Teilhabe ist barrierefrei!

Gutes Leben im Alter

Eine hohe Lebensqualität auch im Alter zu ermöglichen, ist uns GRÜNEN ein dringendes Anliegen. Wir müssen gewährleisten, dass auch alte Menschen soweit wie möglich ein selbstbestimmtes, mobiles Leben führen und am gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Region teilhaben können. Eine Voraussetzung dafür ist, dass angemessener, barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Wir fordern, in Zusammenarbeit mit den Wohnbaugesellschaften, eine Plattform einzuführen, die die Suche nach geeignetem Wohnraum erleichtert. Nicht nur in Bezug auf Barrierefreiheit – auch Sozialwohnungen und Leerstand können über die Plattform koordiniert werden.

Ausdrücklich fordern wir zudem den Aus- und Umbau von barrierefreien Bushaltestellen weiter voranzutreiben, der zum Teil bereits begonnen wurde, aber nur langsam vorankommt.

Inklusion für alle – überall

Die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben mit seiner großen Vielfalt ist nationales und internationales Recht. Es wurde in Form des Bundesteilhabegesetz (BTHG) und in der UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet. Es gilt auch und insbesondere für das Zusammenleben in Städten und Kommunen und bedeutet, dass überall dort inklusive Maßnahmen geplant und umgesetzt werden müssen, wo noch nicht alle mit dabei sein können. Einheitliche Ansprechstellen im gesamten Kreis sind dafür die Sozialbüros.

Hier erfolgen die Koordination und Hilfeplanung und es werden zahlreiche Beratungsangebote und finanzielle Unterstützung zur Verfügung gestellt. Diese Angebote müssen weiter ausgebaut und vollständig barrierefrei zur Verfügung gestellt werden. Um das zielgerichtet tun zu können, muss der Inklusionsbeirat des Lahn-Dill-Kreises in die Planung einbezogen werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, die Arbeit des Inklusionsbeirates weiter zu fördern und seine Vorhaben umzusetzen. Wir unterstützen auch das Projekt „Teilhabechampignon“ des Lahn-Dill-Kreises, das die Unternehmen auszeichnet, die Menschen mit schweren Behinderungen einstellen und so aktiv zu mehr Chancengleichheit beitragen. Um einen Anreiz für weitere Unternehmen zu schaffen, wollen wir diesem Projekt zu mehr Sichtbarkeit verhelfen und die Auszeichnung mit einem Preisgeld versehen. Die digitale Welt bietet große Chancen für gesellschaftliche Teilhabe, doch oft stoßen Menschen hier auf Barrieren, die ihnen den Zugang beispielsweise zu öffentlichen Informationen erschweren. Wir fordern, dass alle kommunalen Webseiten vollständig barrierefrei gestaltet werden. Dazu gehören Vorlesefunktionen, Kontrastregler, Untertitel bei Videos und eine übersichtliche Navigation. Wir fordern zudem, dass öffentliche Bekanntmachungen sowie die Beschlüsse des Kreistags und der Kommunalparlamente in leichter und einfacher Sprache zugänglich gemacht werden.

Demokratie fördern – Zivilgesellschaft stärken

Die Demokratie zu fördern ist eine der dringlichsten Aufgaben unserer Gesellschaft. Der drastische Anstieg von rechtsradikal, rassistisch, religiös oder antisemitisch motivierten Straftaten ist ein deutliches Zeichen dafür, wie wichtig es ist, eine offene und demokratische Gesellschaft zu fördern. Hier vor Ort wollen wir GRÜNE deshalb den Austausch mit Vereinen und Bürgerinitiativen pflegen und uns dafür einsetzen, dass sie in politische Entscheidungen mit einbezogen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Bevölkerungsgruppen an politischen Prozessen teilnehmen können und dass die politischen Gremien diverser werden. Der Kreis soll dabei eine steuernde Funktion übernehmen.

Demokratiebildung muss frühzeitig in der Jugend beginnen, daher setzen wir uns dafür ein, die Kreisschüler*innenvertretung und die Kreisjugendvertretung weiter zu stärken und Projekte wie „Pimp your town“ zu fördern, die Demokratieförderung in die Schulen tragen. Dazu gehört auch eine kommunale Förderung von Gedenkstättenarbeit, Erinnerungskultur und Projekten gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Wir fordern hier eine engere und kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen dem Kreis und den Schulen.

Auch Medienkompetenz als wichtige Schlüsselfähigkeit muss gefördert werden. Die Verbreitung von Falschinformationen im Internet bedroht unsere demokratische Kultur. Es müssen Informationsveranstaltungen und Workshops für alle Altersgruppen angeboten werden, die vermitteln, wie sich seriöse von unseriösen Quellen unterscheiden und wie man Fakenews erkennt.

Gleichzeitig muss die wichtige Arbeit der Fachstelle für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention (DEXT) und des Vielfaltszentrums sichtbarer gemacht, gefördert und begleitet werden.

Vielfalt und Gemeinschaft

Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechtergerechtigkeit berührt alle Bereiche unserer Gesellschaft und muss konsequent gefördert und realisiert werden. Noch immer leisten Frauen einen Großteil der Care-Arbeit. Noch immer werden Männer und Frauen ungleich bezahlt. Noch immer leben Frauen in finanzieller Abhängigkeit. Wir GRÜNE wollen, dass die strukturellen Voraussetzungen für eine geschlechtergerechte Gesellschaft geschaffen werden, in der gleichberechtigte Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben möglich wird. Dafür ist der Ausbau familiengerechter Arbeitszeitmodelle und Homeoffice Möglichkeiten notwendig.

Wir wollen Mentoring Programme und ein Netzwerk mit lokalen Vorbildern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft schaffen, die Frauen auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung unterstützen.

Selbstbestimmung bedeutet auch, über den eigenen Körper und Schwangerschaft zu entscheiden. Wir setzen uns für niedrigschwellige, kostenlose, anonyme und mehrsprachige Beratungsangebote ein, die ohne Vorurteile informieren und praktische Unterstützung bieten, wo sie gebraucht wird.

Für Menschen der LGBTQI+ Community wollen wir ein Klima der Akzeptanz fördern und ihre Sichtbarkeit im Kreis erhöhen. Wir fordern ein kreisweites Aktionsprogramm gegen Diskriminierung und Gewalt und setzen uns für den Ausbau und weitere Unterstützung von Beratungsstellen und Treffpunkten ein.

Häusliche Gewalt – Schutz und Prävention

Auch im Lahn-Dill-Kreis ist häusliche Gewalt ein wachsendes Problem. Am stärksten betroffen sind Frauen, unabhängig von Alter und sozialer Schicht. Beratung und direkte Hilfe bietet das Frauenhaus in Wetzlar, das jedoch chronisch unterfinanziert ist und den tatsächlichen Bedarf nicht abdecken kann. Es muss zu einer Verdreifachung der verfügbaren Plätze kommen, um die Anforderungen zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) zu erfüllen. Der Kreis muss mit den Kommunen zu einer Übereinkunft der Finanzierung dieser Plätze kommen, die leider auch hier notwendig sind. Zusätzlich wollen wir Anlaufstellen schaffen, die Frauen direkt vor Ort Hilfe bieten können.

Das bundesweite Angebot „Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen“ muss sichtbarer gemacht werden, damit jede Frau in einer akuten Notsituation, aber auch Angehörige oder Freund*innen wissen, wohin sie sich wenden können.

Der effektivste Schutz vor Gewalt ist Prävention! Wir fordern die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Gewaltprävention, die in allen Gemeinden des Kreises sichtbar ist. In Zusammenarbeit mit Schulen, Sportvereinen und Bildungseinrichtungen sollen Präventionsprogramme etabliert werden, die für das Thema sensibilisieren. Gleichzeitig setzen wir uns für den Aufbau eines Täterberatungsangebotes im Kreis ein, um Gewaltkreisläufe nachhaltig zu durchbrechen.

Integration gestalten für eine offene, bunte Gesellschaft.

Hauptaufgabe des Kreises in Bezug auf geflüchtete Personen ist die Unterbringung und Versorgung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Unterbringung in kleinen, dezentralen Wohneinheiten weiterhin Standard im Kreis bleibt. Studien der letzten Jahre zeigen, dass diese Art der Unterbringung im Vergleich zu großen Gruppenunterkünften nicht nur kosteneffizienter ist, sondern auch die Integration in die Gesellschaft fördert. Doch tatsächliche Integration gelingt nur dort, wo Menschen sich auf Augenhöhe begegnen und kennenlernen. Die vielfältigen Kulturen in unserem Kreis sind eine Bereicherung, die wir aktiv fördern wollen. Wir unterstützen interkulturelle Projekte und Initiativen, die Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenbringen.

Vereinsförderung, Kultur und Ehrenamt

Unverzichtbar und eine große Bereicherung für eine funktionierende Gesellschaft sind Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement. Durch den Einsatz in Vereinen oder Bürgerinitiativen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, dem THW oder im kirchlichen Bereich leisten diese Menschen einen wertvollen, gemeinwohlfördernden Beitrag. Die Vereinsförderung und die Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist uns deshalb ein großes Anliegen. Der Kreis nimmt dabei eine hauptsächlich koordinierende Rolle ein. Die bereits existierende Auskunft gebende Internetplattform, die für eine Vernetzung der verschiedenen Vereine und Freiwilligen sorgen soll, muss ausgebaut und inhaltlich vervollständigt werden – über kommunale Grenzen hinaus. So können sich auch Bürger*innen besser über vorhandene Angebote und Möglichkeiten zur lokalen Beteiligung informieren. Um die Kultur zu unterstützen, arbeitet der Kreis mit der Landeskulturbehörde Hessen und seit 2022 auch mit der darin beheimateten Stelle „LandKulturPerlen“ zusammen – einem Programm zur Förderung von Kulturprojekten im ländlichen Raum. Auf diesem Weg konnten bereits zahlreiche Kultur-Projekte finanziell unterstützt werden. Wir setzen uns für die Weiterführung dieser erfolgreichen Zusammenarbeit ein.

6. Mobilität

GRÜNE Mobilitätspolitik stellt die Menschen und ihre Lebensqualität in den Mittelpunkt. Mobilität ermöglicht Teilhabe und ist deshalb gerade in ländlich geprägten Regionen wie dem Lahn-Dill-Kreis besonders wichtig. Die Anbindung der meisten Regionen des Kreises über den ÖPNV ist durch das Angebot der RMV gewährleistet. Durch das Angebot der Bahn wird zudem die Verbindung in die Großräume Rhein-Main und Rhein-Ruhr sowie in Ost-West-Richtung möglich.

GRÜNES Ziel für den Lahn-Dill-Kreis ist bessere Mobilität mit erweiterten ÖPNV Angeboten, sicheren Rad- und Fußwegen und einer guten Ladeinfrastruktur für Elektroautos. Wir wollen die Mobilität in der Region konzeptionell weiterentwickeln, um die Verkehrswende zukunftsfähig voranzutreiben.

Der Lahn-Dill-Kreis als Arbeitgeber wurde 2023, unter der Leitung der damaligen GRÜNEN Dezernentin Andrea Biermann, mit dem Zertifikat „Vorbildlich Mobil“ ausgezeichnet. Diese Auszeichnung umfasst unter anderem das Jobticket und das Job-Bike für Mitarbeitende sowie den Einsatz von Elektrofahrzeugen in der Flotte der Kreisverwaltung. Wir wollen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Auszeichnung erneut zu erhalten.

Öffentlicher Personennahverkehr

Der ÖPNV ist ein Hauptbestandteil einer umweltfreundlichen Mobilität. Alle Regionen des Kreises, müssen kontinuierlich mit dem ÖPNV – untereinander sowie am Wochenende und nachts – erreichbar werden. Wir GRÜNE wollen den ÖPNV daher auf drei Ebenen verbessern: der Infrastruktur, der Taktfrequenz sowie beim Komfort und der Barrierefreiheit.

Unser Ziel ist auch, dass mittelfristig alle Hauptlinien des ÖPNV mindestens einen durchgehenden Stundentakt an 7 Tagen in der Woche erhalten. Um das zu gewährleisten, müssen ausreichende Reserven geschaffen werden, um kurzfristig auf Ausfälle reagieren zu können. In allen Ortsteilen, die nicht von den Hauptlinien erreicht werden, soll es künftig ein OnDemand Angebot (Kleinbusse, die bei Bedarf fahren) geben. Das wollen wir in mindestens einer Stadt oder Gemeinde bis 2030 umsetzen. Wir gehen davon aus, dass dies langfristig durch selbstfahrende Fahrzeuge realisiert wird.

Ergänzt werden soll das Angebot durch (Jugend-, Frauen-, Senioren-) Taxis und Mitfahrgelegenheiten. Bei Problemen im ÖPNV müssen künftig auch ohne eine Änderung des Nahverkehrsplanes schnell Lösungen gefunden und umgesetzt werden.

Die Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung und der angeschlossenen kreiseigenen Betriebe sollen weiterhin das Jobticket behalten. Wir wollen für sie einen weiteren Anreiz schaffen, auf den ÖPNV umzusteigen, indem mit dem Erwerb eines Parktickets den Mitarbeitenden der Verwaltung gleichzeitig die kostenfreie Nutzung des ÖPNV ermöglicht wird.

Mit wechselnden Verkehrsmitteln unterwegs

Die Pendlerparkplätze an den Bahnhöfen sind teilweise an ihrer räumlichen Kapazitätsgrenze. Uns ist wichtig, dass ausreichend Parkmöglichkeiten mit Ladestationen für E-Mobilität an den relevanten Mobilitätsknotenpunkten wie Bahnhöfen und wichtigen Bushaltestellen zur Verfügung stehen. Grundsätzlich soll die Dichte von Ladestationen für E-Mobilität erhöht werden.

Ausreichend Abstellmöglichkeiten brauchen wir nicht nur für PKW, sondern auch für Fahrräder und E-Scooter. Diese müssen diebstahlsicher sein und sollen auch an allen kreiseigenen Gebäuden sowie an möglichst vielen öffentlichen Gebäuden eingerichtet werden. An allen Abstellmöglichkeiten soll es, je nach Bedarf, zudem Schließfächer sowie Ladestationen für E-Bikes geben, um die Attraktivität des Fahrrads als alternatives Verkehrsmittel zu erhöhen. Mitarbeitenden der Kreisverwaltung sollten für Dienstfahrten E-Bikes zur Verfügung gestellt werden bzw. der Privatkauf finanziell unterstützt werden.

Mit dem Fahrrad unterwegs

Für viele Strecken im Lahn-Dill-Kreis bietet sich das Fahrrad an. Seine zunehmende Beliebtheit – mit oder ohne E-Unterstützung – wollen wir weiter fördern, indem wir für eine verbesserte und erweiterte Radwegeinfrastruktur sorgen. Bereits am 2022 wurde durch den Kreistag ein Radverkehrskonzept beschlossen. In der Planung wurde festgestellt, dass für einen sicheren Radverkehr im Lahn-Dill-Kreis insbesondere an den Kreisstraßen Radwege ganz oder in Teilen fehlen. Wir fordern, das beschlossene Konzept endlich umzusetzen und die fehlenden Radwege bis 2031 zu bauen.

Schulwege

Jeden Morgen machen sich Kinder selbstständig auf den Weg zur Schule – zu Fuß, mit dem Rad oder dem Bus. Damit sie dort auch sicher ankommen, setzen wir uns für eine Verkehrswende vor der Schultür ein. Wir fordern die Einrichtung von sicheren und räumlich klar abgetrennten Bring- und Holzonen für Eltern, die ihre Kinder mit dem PKW zur Schule fahren. Diese Zonen sind so anzulegen, dass auch bei kurzen Wartezeiten der allgemeine Verkehrsfluss nicht gestört wird und eine Gefährdung von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen vermieden wird. Unmittelbar vor den Eingängen zu den Schulen haben der Bus- und Radverkehr absoluten Vorrang.

Damit Schüler*innen aus dem gesamten Kreis auch mit dem Bus gut ankommen, wollen wir eine flächendeckende und gute Anbindung jeder Kommune, jedes Ortsteils und jeder Schule an den ÖPNV. Daher fordern wir, dass genügend Busse eingesetzt werden und für möglichst alle Schüler*innen ein Sitzplatz vorhanden ist. Die Anzahl der Stehplätze soll begrenzt sein.

Für die Schüler*innen, die mit dem Rad zur Schule kommen, sollen sichere Abstellmöglichkeiten in ausreichender Anzahl geschaffen werden. Diese müssen überdacht und diebstahlsicher sein. So schaffen wir auch einen zusätzlichen Anreiz, mit dem Rad statt dem Auto zur Schule zu kommen.

Sicher unterwegs – Behinderte, Familien und Kinder im Straßenverkehr

Jeder Mensch hat das Recht, sicher und selbstbestimmt unterwegs zu sein – ob zu Fuß, mit dem Rollstuhl, dem Kinderwagen oder dem Fahrrad. Doch noch immer sind viele Wege im Lahn-Dill-Kreis für Menschen mit Behinderungen aber auch für Familien und Kinder nicht sicher. Das wollen wir ändern! Mit konsequenter Verkehrsplanung, klaren Regeln und einer Kultur der Rücksichtnahme machen wir unseren Kreis zum Vorreiter für barrierefreie und sichere Mobilität.

Wir setzen uns für längere Grünphasen an Ampeln und sichere Querungshilfen an allen Kreisstraßen ein – besonders in Ortslagen und Schulumgebungen. Die geänderte Straßenverkehrsordnung (StVO) gibt uns hier Spielraum den wir nutzen, um Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Wohngebieten und vor sozialen Einrichtungen durchzusetzen. Für mehr Sicherheit – denn längere Reaktionszeiten retten Leben –, für mehr Klimaschutz im Straßenverkehr durch geringere Abgasmengen und für mehr Lebensqualität durch Lärmschutz.

Gleichzeitig fordern wir die konsequente Ahndung von Gehwegparken und zugeparkten Behindertenparkplätzen. Ordnungsämter und Polizei müssen hier eng zusammenarbeiten, um Rücksichtslosigkeit im Verkehr nicht länger zu tolerieren.

Bushaltestellen und Bahnhöfe müssen für Rollstuhlfahrer*innen, Menschen mit Gehbehinderung oder Sehbeeinträchtigung ohne Hindernisse erreichbar sein. Wir setzen uns für schnelle Nachrüstungen bei allen wichtigen Haltepunkten ein – in Zusammenarbeit mit den RMV und der DB.

Auch die Nutzung der Radwege muss für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen jederzeit selbstverständlich möglich sein. Wir bauen breitere, asphaltierte Radwege, die auch für E-Rollstühle und Lastenräder befahrbar sind.